



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

EU-Wochenspiegel

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt

Ausgabe: 40/18 • 08.11.2018



Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,

zum vierten Mal stellte sich am 06. November das IMPULS-Festival – Festival für Neue Musik aus Sachsen-Anhalt mit einem Ausschnitt aus seinem Festivalprogramm für 2018 in der Landesvertretung in Brüssel dem europäischen Publikum vor.

Sachsen-Anhalt ist ein Bundesland mit einer vielfältigen Musikkultur, das sichtbar durch die glanzvolle Zeit der historischen Barock- und Bauhausära geprägt wurde. Daher setzt das IMPULS-Festival in diesem Jahr seinen Focus auf das Motto "Junge Meister".

Die Traditionen weiter zu geben und ins Heute zu holen, ist eines der Grundanliegen des Impuls-Festivals für Neue Musik. IMPULS möchte den Blick auf das Musikland Sachsen-Anhalt erweitern. Der internationale Fokus auf junges, vielversprechendes Talent eröffnet dabei eine in die Zukunft weisende Perspektive.

Zu den speziellen für 2018 gesetzten Zielen des Festivals gehören „Austausch statt Konkurrenz“, womit gemeint ist, dass das eigene Talent im Land gefördert werden und das Internationale nach Sachsen-Anhalt geholt werden soll.

Es soll das Experiment gesucht werden mit Auftragskompositionen für außergewöhnliche Besetzungen und Orte.

Dem Bewährten können auf diesem Wege neue Impulse geben werden.

Mehr zum Ablauf der Veranstaltung finden Sie auf Seite 11.

Mit besten Grüßen

Carmen Johannsen
Stellvertretende Leiterin der Landesvertretung





Inhaltsverzeichnis

<u>Vorwort</u>	2
<u>Aus den Institutionen</u>	4
• Ausschuss der Regionen – 20. COTER-Sitzung in Brüssel	
• Europäische Kommission – Bericht zu Handelsabkommen	
• Europäische Kommission – Bericht über die jüngsten Verhandlungsrunden mit Indonesien und Neuseeland	
• Eurobarometer Demokratie	
<u>Aus den Fachbereichen</u>	8
• Mehr Transparenz bei Bankgebühren für Verbraucher	
• Berufliche Aus- und Weiterbildung als Sprungbrett in den Job - Europäische Woche der Berufsbildung	
<u>Was, wann, wo</u>	10
• Impuls-Festival 2018 in der Landesvertretung	
• Europäische Plattform der Kohleregionen im Übergang – Sachsen-Anhalt präsentiert sich erneut	
• Forschung Miterleben	
• Baltisch-Deutsches Hochschulkontor Projekt „CompEPart“ untersucht E-Partizipation in estnischen, lettischen, litauischen und deutschen Kommunen	
<u>Ausschreibungen</u>	15
• KOM - Förderung von Informationsmaßnahmen im Bereich der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) im Jahr 2019	
• Ausbildungsplätze für Rechtsreferendarinnen und -referendare in der Europäischen Kommission - Generaldirektion Humanressourcen und Sicherheit	
• Freies W-LAN für alle	
<u>Kontaktbörse</u>	17
• Europäische Projekte – Diverse Partnergesuche (EEN und HS Harz)	
<u>Büro intern / Tipp</u>	21
• Tipp - Berlin 1912-1932“ im Brüsseler Palast der Schönen Künste	
• GOEUROPE - Quizfragen	
<u>Ihr Kontakt zu uns</u>	24
<u>Impressum</u>	25



Aus den Institutionen

[Zurück zur Übersicht](#)

Ausschuss der Regionen – 20. COTER-Sitzung in Brüssel

Am 24. und 25. Oktober 2018 fand die 20. Sitzung der Fachkommission für Kohäsionspolitik und EU-Haushalt (COTER) im Ausschuss der Regionen (AdR) statt. Sachsen-Anhalt wurde durch Herrn **Staatssekretär Dr. Michael Schneider** vertreten.

Im Rahmen der Sitzung wurde u.a. der erste Entwurf der AdR-Stellungnahme zum Entwurf der Kommission für eine Verordnung mit gemeinsamen Bestimmungen der Strukturfonds nach 2020 erörtert und anschließend darüber abgestimmt. Der von den Ko-Berichterstatlern StS Dr. Schneider (Vorsitzender der EVP-Fraktion im AdR) und Frau Catuscia Marini (Vorsitzende der SPE-Fraktion im AdR) eingebrachte Entwurf hat insbesondere zum Ziel, die Implementierung der europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESIF) im Sinne einer auf die Bedürfnisse der Städte und Regionen ausgerichteten starken Kohäsionspolitik effizienter und effektiver zu gestalten, um die bisher erreichten positiven Entwicklungen auch nach 2020 fortzusetzen.

In diesem Zusammenhang betonte Frau Marini zu Beginn die Bedeutung der positiven Synergien zwischen den ESIF und der Agrarpolitik und setzte sich insbesondere für eine Mittelerhöhung für den Europäische Sozialfonds Plus (ESF+) ein. Nur hiermit könne die Wirksamkeit der Kohäsionspolitik gestärkt werden. Auch die im Entwurf der Kommission vorgesehenen Kürzungen des Interreg-Programms lehnte Frau Marini ab und plädierte stattdessen für eine Erhöhung der Mittel in diesem Bereich, da hier der europäische Mehrwert eindeutig erkennbar sei.

Herr StS Dr. Schneider unterstrich ebenfalls die **Notwendigkeit der angemessenen Mittelausstattung für die Kohäsionspolitik**, um eine effektive Bewältigung der in den Regionen bestehenden Problemlagen wie etwa den demografischen Wandel zu ermöglichen. Daher lehne der Entwurf der Stellungnahme eine Reduzierung der Kofinanzierungssätze für die Strukturfonds ab und fordere die Einrichtung eines auf regionale Verhältnisse ausgerichteten Sicherheitsnetzes. Ferner sei der im Stellungnahmeentwurf verankerte territoriale Ansatz von Bedeutung, da er nicht nur die geltende Beschlusslage des AdR darstelle, sondern auch dem Subsidiaritätsprinzip folge. Auf der Grundlage der Arbeit der von der Kommission eingesetzten Taskforce für Subsidiarität – der Herr StS Dr. Schneider angehört – und der im Entwurf der Stellungnahme enthaltenen Vorschläge könne durch eine auf grundlegenden Vereinfachungen beruhende Implementierung im Rahmen der geteilten Mittelverwaltung für die tatsächliche Erhöhung der Wirksamkeit der Kohäsionspolitik sorgen.

Die Stellungnahme stieß in der anschließenden kurzen Diskussion auf breite Zustimmung in der Fachkommission. Auch hier unterstrichen die Diskutanten die Bedeutung der Subsidiarität und begrüßten die Fortsetzung der Förderung aller europäischen Regionen nach 2020.

Im Anschluss wurde der Entwurf der Stellungnahme einstimmig angenommen, was als lohnender Erfolg der umfangreichen Vorbereitungen und des Einbezugs zahlreicher Änderungsvorschläge der AdR-Mitglieder insbesondere über Kompromissvorschläge der Ko-Berichterstatler gewertet werden kann.

Die endgültige Verabschiedung ist im AdR-Plenum am 5. und 6. Dezember 2018 vorgesehen.

• ls



Europäische Kommission – Bericht zu Handelsabkommen

Die von der EU ausgehandelten Handelsabkommen **verbessern den Zugang zu ausländischen Märkten** und fördern die hohen Arbeits- und Umweltschutzstandards in Drittstaaten. Allerdings schöpfen die europäischen Exporteure die Möglichkeiten der Abkommen nicht ausreichend aus. Zu diesem Ergebnis kommt ein am 31. Oktober von der EU-Kommission vorgelegter Jahresbericht über die Umsetzung von Handelsabkommen.

Der Bericht erfasst die Entwicklungen des Jahres 2017 und zeigt, dass der Handel im Rahmen der bestehenden EU-Handelsabkommen weiter zunimmt. Um nur einige Beispiele zu nennen: Die Ausfuhren nach Südkorea stiegen im vergangenen Jahr um mehr als 12 Prozent, die Ausfuhren nach Kolumbien um mehr als 10 Prozent und die EU-Ausfuhren nach Kanada in den neun Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens zwischen der EU und Kanada um 7 Prozent. Von der Abschaffung der Zölle hat der Agrar- und Lebensmittelsektor der EU am stärksten profitiert, sodass im letzten Jahr ein starker Anstieg der Ausfuhren, insbesondere nach Ecuador (+ 34 Prozent), Chile (+ 29 Prozent), Serbien (+ 23 Prozent), in die Türkei und nach Costa Rica (jeweils + 14 Prozent), verzeichnet werden konnte.

Was die regulatorischen Handelshemmnisse angeht, so haben es die EU-Handelsabkommen im vergangenen Jahr möglich gemacht, den mexikanischen Markt für europäische Gesundheitsprodukte und den chilenischen und den peruanischen Markt für einige Agrar- und Lebensmittelausfuhren aus der EU zu öffnen. Zudem wurde den EU-Unternehmen der Weg für die Teilnahme an öffentlichen Ausschreibungen in Georgien, in der Republik Moldau und in der Ukraine geebnet.

Was die Förderung der EU-Standards und einer nachhaltigen Entwicklung anbelangt, so haben Partner wie Kanada und Mexiko aufgrund spezifischer Bestimmungen in EU-Handelsabkommen im vergangenen Jahr Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation ratifiziert, die den Arbeitnehmern einen größeren Schutz bieten.

Trotz dieser positiven Entwicklungen könnte noch mehr erreicht werden, wenn die Unternehmen in der EU die Möglichkeiten, die sich aus den bestehenden Abkommen ergeben, in vollem Umfang nutzen würden. Deshalb bemüht sich die Kommission zusammen mit den Mitgliedstaaten und den Unternehmensnetzen verstärkt darum, Unternehmen in der EU, insbesondere KMU, zu informieren und ihnen dabei zu helfen, Nutzen aus den Handelsabkommen zu ziehen. Zu den einschlägigen Initiativen gehören die Verbesserung von Online-Instrumenten, darunter die [Marktzugangsdatenbank](#) und der [Trade Helpdesk](#), sowie die Bereitstellung einer „Schritt-für-Schritt-Anleitung“ für Unternehmen, die die Möglichkeiten der jüngsten EU-Handelsabkommen mit Kanada und Japan optimal ausschöpfen wollen.

EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström wird die Inhalte des Berichts mit den EU-Handelsministern auf der nächsten Tagung des Rates am 9. November erörtern. Gespräche mit dem Europäischen Parlament werden ebenfalls folgen. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Pressemitteilung: [Report: EU trade agreements deliver on growth and jobs, support sustainable development](#)

[Der Bericht über das Jahr 2017 \(in englischer Sprache\)](#)

[Annex to the report: Commission staff working document](#)

[Factsheet](#)

[EU trade agreements](#)



Europäische Kommission – Bericht über die jüngsten Verhandlungsrunden mit Indonesien und Neuseeland

Die EU-Kommission hat am 5. November ihre Berichte über die Fortschritte bei den Gesprächen über ein Freihandelsabkommen mit [Indonesien](#) und [Neuseeland](#) veröffentlicht. Die jüngsten Verhandlungsrunden fanden in konstruktiver Atmosphäre statt und verzeichneten Fortschritte in den verhandelten Bereichen.

Die **sechste Verhandlungsrunde** über ein Freihandelsabkommen EU-Indonesien fand vom 15. bis 19. Oktober in Palembang, Indonesien, statt. Die Verhandlungsführer erzielten in allen Bereichen gute Fortschritte, insbesondere in den Kapiteln über Zoll- und Handelserleichterungen, Vorschriften für den Handel mit Lebensmitteln, tierischen und pflanzlichen Erzeugnissen, technische Handelshemmnisse sowie Fragen der nachhaltigen Entwicklung. Die nächste Runde ist für den 11. bis 15. März 2019 in Brüssel geplant.

Die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und Neuseeland ging vom 8. bis 12. Oktober in Wellington, Neuseeland, in die zweite Runde. Die Diskussionen ermöglichten es, in einer Reihe von Bereichen eine Annäherung der unterschiedlichen Positionen zu finden. Sie ermöglichten es auch, weitere Schritte festzulegen, die jede Seite vor der dritten Verhandlungsrunde, die im Februar in Brüssel stattfinden soll, abschließen muss.

Die beiden heute veröffentlichten Berichte geben einen Überblick über den Stand der Diskussionen in den einzelnen Bereichen.

Darüber hinaus wird die Kommission einen Bericht über das Treffen am 5. November von Handelskommissarin Cecilia Malmström mit Experten aus 28 Wirtschaftsbereichen in den kommenden Tagen veröffentlichen. Im September vergangenen Jahre hatte sich die Expertengruppe gebildet, um das Engagement der Kommission in der Handelspolitik mit allen Beteiligten und Vertretern der Zivilgesellschaft zu verstärken. Unter den Experten sind u.a. Vertreter von KMU, Gewerkschaften, Verbraucherorganisationen und Umweltverbänden.

• *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Daily News vom 5.11.2018](#)

[Informationen zu den EU-Vorschlägen und Berichte über die Verhandlungen mit Indonesien](#)

[Informationen zu den Verhandlungen mit Neuseeland](#)

[Berichte über die Treffen zwischen Cecilia Malmström und der Expertengruppe](#)

Eurobarometer Demokratie

Laut dem aktuellen Eurobarometer zu Demokratie, das am 6. November veröffentlicht wurde, sind 87 Prozent der Befragten in Deutschland (EU-28: 81 Prozent) dafür, dass soziale Online-Netzwerke und andere Internetplattformen deutlich machen, welche Inhalte und Publikationen Online-Werbung sind und wer dafür bezahlt. In Deutschland befürworten 85 Prozent (EU-28: 80 Prozent), dass soziale Online-Netzwerke darlegen sollen, wie viel Geld sie von politischen Parteien und Kampagnengruppen erhalten haben. Die Online-Netzwerke sollen auch über die Unterstützung informieren, die sie selbst politischen Parteien und Kampagnengruppen gewähren.



Im Hinblick auf Wahlen sind 76 Prozent der Befragten europaweit der Ansicht, dass die Regeln, die traditionelle Medien während des Vorwahlzeitraums einhalten müssen, auch für soziale Online-Netzwerke, Internetplattformen und die sie nutzenden Akteure gelten sollten und 74 Prozent befürworten die Einführung der gleichen Ruhezeiten im Internet.

Die Ergebnisse der Eurobarometer-Umfrage zeigen auch, dass mehr als zwei Drittel (67 Prozent) der Europäer besorgt sind, dass die personenbezogenen Daten, die sie im Internet hinterlassen, für die Zusendung gezielter politischer Botschaften genutzt werden könnten. In Deutschland bereitet dies nur 63 Prozent der Befragten Sorgen.

Für die [Eurobarometer-Umfrage zur Demokratie](#) wurden zwischen dem 8. und 26. September in den 24 Mitgliedstaaten 27.474 Interviews geführt. • *eag Quelle: PM KOM*



Aus den Fachbereichen

[Zurück zur Übersicht](#)

Mehr Transparenz bei Bankgebühren für Verbraucher

Seit dem 31. Oktober müssen Banken und Finanzdienstleister in der ganzen EU ihre Kunden besser über die Gebühren informieren, die mit der **Eröffnung und Verwaltung von Bankkonten** verbunden sind. Grundlage für die neue Regelung ist die [EU-Zahlungskontenrichtlinie](#), die die Vergleichbarkeit von Entgelten, Wechsel und Zugang zu Zahlungskonten verbessert.

Banken müssen den Kunden bei der Kontoeröffnung ein „**Entgeltinformationsblatt**“ (FID) vorlegen, ein Standard-Dokument, auf dem die Gebühren für die wichtigsten Dienstleistungen (z.B. Überweisungen) zusammenfassend dargestellt sind. Außerdem bekommen die Kundinnen und Kunden mindestens **einmal jährlich** eine **kostenlose Aufstellung ihrer Gebühren**, die ebenfalls in einer standardisierten Form vorzulegen ist. In dieser Aufstellung müssen die Banken alle von ihren Kunden entrichteten Gebühren aufführen sowie Informationen zu Zinssätzen für die mit dem Konto verbundenen Dienstleistungen.

Nach der Zahlungskonten-Richtlinie müssen alle Banken in der EU dieses Dokument seit dem 31. Oktober 2018 vorlegen, außer in Frankreich und Italien, wo es bereits ähnliche Informationspflichten gibt und die Änderungen bis Ende Juli 2019 erfolgen werden. Weitere Informationen zu diesen neuen Auflagen finden Sie auf der [Website über Zugang zu Bankkonten](#). Das EU-Verbraucherbarometer 2018, das Informationen über das Vertrauen der Verbraucher in die verschiedenen Märkte enthält, ist ebenfalls [online](#) verfügbar.

• *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Daily News vom 30.10.2018](#)

Berufliche Aus- und Weiterbildung als Sprungbrett in den Job - Europäische Woche der Berufsbildung

Seit dem 5. November haben junge Menschen Gelegenheit, sich auf **mehr als 1.000 Veranstaltungen**, die **überall in Europa** bis Dezember 2018 laufen, über Möglichkeiten und Chancen der beruflichen Aus- und Weiterbildung zu informieren. Berufliche Aus- und Weiterbildung ist ein hervorragendes Sprungbrett in die Beschäftigung: 75 Prozent der Absolventinnen und Absolventen einer beruflichen Aus- und Weiterbildung finden kurz nach ihrem Abschluss einen Arbeitsplatz.



Die Europäische Kommission organisiert zusammen mit dem österreichischen Ratsvorsitz die **dritte Europäische Woche der Berufsbildung**, die dieses Jahr unter dem Motto „Entdecke dein Talent“ steht. Gastgeber der offiziellen Eröffnungs- und Abschlussevents ist in diesem Jahr Wien, zusätzlich werden Veranstaltungen in ganz Europa durchgeführt.

Mit der Veranstaltungswoche soll deutlich gemacht werden, dass es sowohl für junge Menschen als auch für Erwachsene sinnvoll ist, sich für eine berufliche Aus- und Weiterbildung



zu entscheiden, die zu einem hochwertigen Arbeitsplatz und einer besseren Beschäftigungsfähigkeit verhilft. Die Woche trägt damit zur [europäischen Kompetenzagenda](#) und zur Umsetzung der [Europäischen Säule sozialer Rechte](#) bei. Mit der Europäischen Berufsbildungswoche möchte die Europäische Kommission für das breite Spektrum an Möglichkeiten sensibilisieren, die sich durch die berufliche Aus- und Weiterbildung bieten, und mehr Menschen dazu ermutigen, sie in Anspruch zu nehmen. In diesem Jahr geht es auch um die Zukunft der beruflichen Aus- und Weiterbildung im digitalen und internationalen Kontext. Im Rahmen der Woche finden in mehreren Mitgliedstaaten Auftaktveranstaltungen und Arbeitgebertage statt, und insgesamt 26 nationale und europäische Botschafter werben für die Initiative; im Laufe der Woche werden auch Auszeichnungen für Exzellenz in der beruflichen Aus- und Weiterbildung verliehen.

Diese Woche wurde mit tatkräftiger Unterstützung des [Europäischen Zentrums für die Förderung der Berufsbildung \(Cedefop\)](#) und der [Europäischen Stiftung für Berufsbildung](#) organisiert.

Eckdaten zur Berufsbildung in Europa (Quelle: [Eurostat](#))

- In Europa nehmen 49 Prozent der Schüler der Sekundarstufe II an einer beruflichen Ausbildung der Sekundarstufe II teil (2016)
- Die Beschäftigungsquote bei frischen Berufsbildungsabgängern in Europa liegt bei 74,8 Prozent (2017)
- Der Anteil gering qualifizierter Erwachsener in Europa geht dank der Unterstützung durch den Europäischen Sozialfonds (ESF) beständig zurück, ist aber mit 22,5 Prozent (2017) nach wie vor zu hoch
- 10,9 Prozent der europäischen Bevölkerung nehmen an Bildungsmaßnahmen für Erwachsene teil (2017)

Die erste Europäische Woche der Berufsbildung fand im Jahr 2016 statt. In der zweiten Woche (2017) gab es, verteilt auf ganz Europa, 1585 Angebote mit insgesamt 1 Million Teilnehmern. Welche Veranstaltungen bei der dritten Ausgabe in welchem Land stattfinden, können Sie [hier](#) sehen. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Pressemitteilung: Die berufliche Bildung liegt Europa am Herzen: Start der dritten Europäischen Woche der Berufsbildung](#)

[Website der Europäischen Berufsbildungswoche und Veranstaltungskalender](#)

[Liste der Veranstaltungen auf Facebook: Europäische Woche der Berufsbildung 2018](#)



Was, wann, wo

[Zurück zur Übersicht](#)

Europäische Plattform der Kohleregionen im Übergang – Sachsen-Anhalt präsentiert sich erneut



Am 5. und 6. November tagte in Brüssel erneut die von der EU-Kommission im Dezember 2017 ins Leben gerufene europäische Plattform zur Unterstützung von Kohleregionen im Übergang.

Im Rahmen der Plattform möchte die EU-Kommission – neben dem Austausch von Besten Praktiken – die **41 europäischen Regionen mit Kohlebergbauaktivitäten** bei der Identifizierung, Entwicklung und Umsetzung von Projekten unterstützen, die das Potential zu einem tragfähigen wirtschaftlichen und technologischen Wandel haben. Im Zuge der Plattform wurden zwei Arbeitsgruppen eingerichtet: 1. Post-Kohle Wirtschaft und struktureller Wandel; 2. Saubere Luft, Öko-Innovation und Transformation der Energiesysteme.

In der Novembersitzung standen Regionalentwicklung und Strukturwandel im Mitteldeutschen Braunkohlerevier – wie bereits beim Juli-Treffen – erneut auf der Agenda. Vorgestellt wurde dabei die **Innovationsregion Mitteldeutschland**, ein Zusammenschluss von neun Landkreisen und 2 Städten in den drei mitteldeutschen Bundesländern **Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen**. Ziel der Kooperation ist die Erarbeitung von Potenzialen für die zukünftige Wertschöpfung in der Region. Impulse sollen dabei unter anderem von neuen energiewirtschaftlichen Konzepten als auch von innovativen Mobilitäts- und Tourismusvorhaben ausgehen. Partner des Projekts aus Sachsen-Anhalt sind die Stadt Halle (Saale), der Burgenlandkreis, der Landkreis Mansfeld-Südharz sowie der Landkreis Anhalt-Bitterfeld.



Eine Delegation aus Sachsen-Anhalt mit **Andy Haugk**, dem Bürgermeister von Hohenmölsen (Burgenlandkreis), Vertretern des Ministeriums für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung, der Mitteldeutschen Braunkohlengesellschaft mbH (MIBRAG) sowie dem Fraunhofer-Institut für Mikrostruktur von Werkstoffen und Systemen IMWS in Halle (Saale) bekam zudem die Möglichkeit eines bilateralen Gesprächstermins mit der EU-Kommission. **Arne Lietz (SPD), Europaabgeordneter für Sachsen-Anhalt**, und ein Mitarbeiter der Landesvertretung nahmen ebenfalls an dem

Termin teil.



Die Delegation der EU-Kommission, die Klaus-Dieter Borchardt (Direktor Energiebinnenmarkt, Generaldirektion Energie) sowie Juraj Nociar (Kabinettschef von Vizepräsident der EU-Kommission Maroš Šefčovič) anführten, umfasste eine große Anzahl von Experten verschiedener Dienststellen der EU-Kommission, die die Projektvorschläge aus Sachsen-Anhalt auf deren Förderfähigkeit mit europäischen Mitteln prüfte und Tipps und Anregungen (z.B. zu passenden EU-Ausschreibungen oder zu Beihilfefragen) gab. • dw



Weitere Informationen:

- Webseite der EU-Kommission zum Thema Kohle: s. [hier](#)
- Innovationsregion Mitteldeutschland: s. [hier](#)

IMPULS-Festival in der Landesvertretung

Am 06. November 2018 war die Landesvertretung Gastgeber eines Sonderkonzerts des 2008 gegründeten IMPULS-Festivals. Das Festival, welches in diesem Jahr bereits seinen zehnten Geburtstag feiert, gilt als eines der jüngsten Festivals für neue Musik, für das sich alle Orchester des Landes Sachsen-Anhalt sowie der MDR Rundfunkchor und das MRD Sinfonieorchester zusammenschließen.

Herr **Burkhard Fieber**, Abteilungsleiter für Internationale Zusammenarbeit, EU-Angelegenheiten und Medienpolitik der Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt, führte in den Abend ein indem er die musikalische Geschichte und heutige Bedeutung Sachsens-Anhalts als Musikland beleuchtete und das Besondere am diesjährigen IMPULS-Festivals herausstellte. 2018 steht es unter dem Motto „Junge Meister“ – dabei werden junge Solisten, Dirigenten und Komponisten aus verschiedenen Ländern, die noch am Anfang ihrer Karriere stehen, in drei internationalen „Masterclasses“ gefördert. Hier lernen die jungen Künstler sich bestimmte Techniken anzueignen um Neue Musik zu interpretieren und einem breiten Publikum vermitteln zu können. Überdies stehen die Masterclasses ganz im Sinne des



„Bauhaus-Gedanken“:

Der fließende Übergang von Handwerk – den genannten Interpretation- und Vermittlungstechniken – und der Musik als Form der Kunst. Der Intendant des IMPULS-Festivals, Herr **Hans Rotman**, ermöglichte in einem lebhaften Kurzvortrag dem Publikum einen Einblick, wie der Zugang zu Neuer Musik auch für Dirigenten, Musiker und zuletzt das



Publikum gestaltet ist und welchen künstlerischen Stufen und Hindernissen die Umsetzung der Neuen Musik begegnet.

Durch das Programm des Abends führte die im Jahr 2000 in Dresden geborene Violin-Solistin **Charlotte Thiele**. Die bereits mehrfach mit dem ersten Preis beim Bundeswettbewerb „Jugend musiziert“ ausgezeichnete Musikerin trat u.a. schon mit der Anhaltinischen Philharmonie Dessau und dem Philharmonischen Kammerorchester in Wernigerode auf. Seit 2015 ist sie außerdem Stimmführerin des Bundesjugendorchesters. Begleitet wurde sie teilweise auf dem Klavier von **Sujung Lee** aus



Südkorea, die ebenfalls mehrere Musikwettbewerbe, u.a. in Filinadelfia (Italien) gewonnen hat. Nach ihrem Masterstudium der Musik setzt sie ihre Ausbildung nun in der Klavierklasse der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg fort und nimmt regelmäßig Auftritte als Solistin am Klavier wahr.



Die beiden jungen Künstlerinnen boten einen abwechslungsreichen Einblick in die Neue Musik mit Werken verschiedener deutscher, aber auch belgischer

Komponisten. Mit Stücken wie der weihnachtsthematischen Komposition „Kerstburlesken“ von Wilfried Westerlinck und der in A-Dur geschriebene Sonate für Klavier und Violine von César Franck aus Belgien wurde Neue Musik in all ihren

Facetten interpretiert. Ein besonderer Höhepunkt war auch die Uraufführung des Werkes „Asche“ des jungen deutsch-kurdischen Komponisten Cya Bazzaz, mit der er an den Ausbruch des 30jährigen Krieges erinnert.



Eine besondere Freude war außerdem, dass der Komponist **Wilfried Westerlinck** selbst als Zuhörer im Publikum zugegen war und

seine Reaktion im Anschluss an das Konzert seine Begeisterung für die Darbietung widerspiegelte. Die beiden Künstlerinnen haben es wirklich meisterhaft verstanden, das Ziel des Impuls-Festivals in die Praxis umzusetzen und das Publikum in Brüssel mit ihrem Auftritt zu begeistern. • ls

Fotos: Michael Seidler

Photographer_seidler@me.com

www.michael-seidler-photo.com





29 11 Forschung 18 [Mit]:Erleben

Hochschulen spielen eine zentrale Rolle bei der Entwicklung, Umsetzung und Überprüfung regionaler Forschungs- und Innovationsstrategien für die sogenannte Smart Specialisation der EU Kommission (RIS3). Sie gehören zu den wenigen Institutionen, die als "Grenzgänger" fungieren und alle drei Elemente des "Wissensdreiecks" - Forschung, Bildung und Innovation - miteinander verbinden.

Es gibt inzwischen viele Beispiele, wie die **Hochschule Harz** erfolgreich mit Partnern aus Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft in Sachsen-Anhalt regional und international zusammenarbeitet.

Um die transferorientierte Forschung erlebbar zu machen, laden wir Sie herzlich zur **Forschungsshow am 29.11.2018** auf dem **Campus Wernigerode** ein (Haus 9, Am Eichberg 1, 38855 Wernigerode).

Ab 18:00 Uhr erwarten Sie lebendige Formate aus der Wissenschaftskommunikation:

- Science Pitch! Kurzvorstellung unserer Projekte ...
- Popcorn raus! Videokurzvorstellungen unserer Labore ...
- Science Slam! Wissenschaft mal anders ...

Als prominenten Moderator konnten wir **Olcay Özdemir** gewinnen, der als **Reporter und Produzent** der **Wissenschaftssendung Galileo** leidenschaftlich Geschichten aus der ganzen Welt erzählt.

Wenn Sie schon immer mehr über uns erfahren wollten und daran interessiert sind, wie man die Zusammenarbeit zwischen dem ungleichen Paar Wirtschaft und Wissenschaft erfolgreich gestalten kann, dann treffen Sie uns - Forscher*innen und Projektmitarbeiter*innen der Hochschule Harz sowie die Hochschulen aus dem **KAT-Netzwerk des Landes Sachsen-Anhalts**.

Informationen und Anmeldung unter – www.forschungsshow.de

Wir freuen uns auf Sie!

▲ Hochschule Harz



Baltisch-Deutsches Hochschulkontor Projekt „CompEPart“ untersucht E-Partizipation in estnischen, lettischen, litauischen und deutschen Kommunen

Hoffnungen auf demokratisierende, partizipatorische und egalisierende Wirkungen waren von Beginn an mit der Durchsetzung des Internets verbunden. Die neuen Online-Technologien, so die Erwartung, würden Bürgerinnen und Bürgern neue Möglichkeiten zur Artikulation, Diskussion und Bewertung politischer Forderungen eröffnen und könnten die Legitimation von repräsentativen Strukturen stärken. Ob und inwieweit diese Potenziale genutzt und entsprechende Erwartungen erfüllt wurden, untersucht das Projekt „E-Participation in Local Governments: Developing a Comparative Framework“.

Ziel des CompEPart Projektes ist es, aktuelle Forschungsergebnisse zur E-Partizipation in Kommunen der baltischen Staaten und Deutschland zu diskutieren und einen Rahmen für zukünftige komparative Forschungsaktivitäten zu entwickeln. Beteiligt an dem Projekt sind Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der litauischen Klaipeda University, der Tallinn University of Technology (Estland), der University of Latvia (Lettland) und der Hochschule Harz (Halberstadt/Wernigerode).

Am 27. und 28.09.18 fand das Kick-Off-Meeting an der Hochschule Harz in Wernigerode statt. Dabei wurden die Rahmenbedingungen für E-Partizipation in den beteiligten Ländern und vorliegende Forschungsergebnisse diskutiert. Dabei wurde erheblicher Forschungsbedarf insbesondere zu Fragen der Beteiligung in E-Partizipationsverfahren und zu deren Wirkung auf kommunalpolitische Entscheidungen deutlich. Für die Erfahrungen in deutschen Kommunen konstatierte Prof. Dr. Jens Weiß, Verwaltungswissenschaftler an der Hochschule Harz, dass sich die erwarteten Wirkungen auf die Zufriedenheit von Bürgerinnen und Bürgern bislang kaum bestätigt hätten.

Im Rahmen einer internationalen **Konferenz** am **29.11.2018** an der **Klaipeda University** in Litauen soll die Diskussion nun mit weiteren Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern fortgesetzt werden. Die Projektpartner versprechen sich wichtige Ergebnisse für die verwaltungswissenschaftliche Diskussion aber auch für die kommunalpolitische Praxis.

Weitere Informationen zur Konferenz finden Sie unter: <https://tinyurl.com/ybvztg8a>

CompEPart Ansprechpartner:

<p>Prof. Dr. Jens Weiß</p> <p>▲ Hochschule Harz</p> <p>Fachbereich Verwaltungswissenschaften Telefon +49 3943-659-423 Telefax +49 3943-659-5423 E-Mail: jweiss@hs-harz.de Web: https://www.researchgate.net/profile/Jens_Weiss</p>	<p>Dr. Jaroslav Dvorak</p>  <p>KLAIPEDA UNIVERSITY</p> <p>Faculty of Social Sciences Dept. of Public Administration and Political Sciences Minijos 153, Klaipėda, Lithuania Tel.: +370 (46) 398 675 E-Mail: jaroslav.dvorak@ku.lt Web: https://www.ku.lt/</p>
--	--



Auswärtigen Amtes finanziert.

Das Projekt wird vom Baltisch-Deutschen Hochschulkontor gefördert und wird durch den Deutschen Akademischen Austauschdienst und aus Mitteln des



Ausschreibungen

[Zurück zur Übersicht](#)

Gegenstand:	EUROPÄISCHE KOMMISSION Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen — Förderung von Informationsmaßnahmen im Bereich der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) im Jahr 2019
Fundstelle: Abl.	C 395 vom 31. Oktober 2018 https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:C:2018:395:FULL&from=DE
Bewerbungsfrist:	14. Dezember 2018
Antragsunterlagen:	Antragsformulare stehen unter folgender Adresse zur Verfügung: http://ec.europa.eu/agriculture/grants-for-information-measures Die Anträge müssen unter Verwendung des entsprechenden vollständig ausgefüllten und datierten Formulars eingereicht werden. Die Anträge sind von der Person zu unterzeichnen, die befugt ist, für die antragstellende Organisation rechtsverbindliche Verpflichtungen einzugehen.

Ausbildungsplätze für Rechtsreferendarinnen und -referendare in der Europäischen Kommission - Generaldirektion Humanressourcen und Sicherheit

15

Das Referat E.2 der Generaldirektion Humanressourcen und Sicherheit bietet qualifizierten Referendarinnen und Referendaren die Möglichkeit, ihre Wahl- bzw. Verwaltungsstation abzuleisten.

Es werden Beschwerden und Hilfsersuchen von Beschäftigten der Kommission und anderer Institutionen auf der Grundlage des EU-Beamtenstatuts und anderer Regelungen bearbeitet. Die Juristinnen und Juristen des Referats ermitteln die Tatsachen, beurteilen den Fall juristisch, entwerfen die Entscheidung, die u.a. mit dem Juristischen Dienst abgestimmt wird, und bereiten ihre Annahme vor. Die Tätigkeit verlangt gute juristische Fähigkeiten, da die bearbeiteten Fälle in der Regel von den Normalfällen abweichen und oft mit allgemeinjuristischem Wissen und Methodik zu lösen sind.

Die Referendarinnen und Referendare werden in die Arbeit des Referats integriert und können bei entsprechender Eignung Akten weitgehend selbständig bearbeiten. Ferner nehmen sie an den üblichen Aktivitäten des Referates teil.

Bei Interesse schicken Sie bitte einen Lebenslauf auf Englisch oder Französisch an Herrn Dr. Lars Albath lars.albath@ec.europa.eu, (Tel. Durchwahl +32 229 69401) Leiter des Referats HR.E.2. Vorausgesetzt werden überdurchschnittliche Studienleistungen, gute Kenntnisse im Europarecht und die sichere Beherrschung der englischen und/oder französischen Sprache. Der Mindestaufenthalt beträgt drei Monate. • *eag Quelle: Rundmail AA vom 31. Oktober 2018*



Freies W-LAN für alle

Mehr freies WLAN an öffentlichen Orten: **Seit 7. November** können sich Gemeinden in ganz Europa **für EU-finanzierte kostenlose Internet-Hotspots in öffentlichen Räumen** über das WiFi4EU-Webportal **registrieren**. Das hat die EU-Kommission am 5. November bekanntgegeben. Die Ausschreibung endet am 9. November 2018 um 17 Uhr (MEZ).

Bis 2020 werden 120 Millionen Euro für bis zu 8.000 Gemeinden in der gesamten EU bereitgestellt. Sobald sich die Gemeinden im speziellen WiFi4EU-Portal registriert haben, können sie den Gutschein für das WiFi4EU-Programm im Wert von 15.000 Euro mit nur einem Klick online beantragen. Bisher hat mehr als jede fünfte Gemeinde in ganz Europa ihre Daten registriert. Mit dem Gutschein kann die Gemeinde einen Wi-Fi-Hotspot im öffentlichen Raum einrichten, darunter Rathäuser, öffentliche Bibliotheken, Museen, öffentliche Parks oder Plätze. Die Kommission wählt die Projekte nach dem Prinzip "first-come, first-served" aus. In der kommenden Ausschreibung erhalten die ersten 2.800 Gemeinden einen WiFi4EU-Gutschein, wobei jeder EU-Mitgliedstaat garantiert mindestens 15 Gutscheine erhält. In den kommenden zwei Jahren werden **drei weitere WiFi4EU-Aufrufe** gestartet, etwa alle sechs Monate.



WiFi4EU-finanzierte Netzwerke sind kostenlos, werbefrei und frei von der Erfassung personenbezogener Daten. Gefördert werden Netze, die bestehende kostenlose private oder öffentliche Angebote ähnlicher Qualität nicht duplizieren. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Fragen und Antworten](#)

[Online-Portal zu Wifi4EU](#)



Kontaktbörse

[Zurück zur Übersicht](#)

Europäische Projekte - Diverse Partnergesuche



Die Partnergesuche wurden erstellt von Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt
Mehr Kooperationsprofile finden Sie in der EEN-Datenbank [Link](#)

Programm Profiltyp Land	Kontakt und Details	Kurzbeschreibung / Stichworte
Forschungsge such –H2020 Enterprise Europe Network UK	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Isabell Rohde E-Mail: irohde@tti-md.de	Industriepartner für die Entwicklung von Pilotlinien für modulare Fabriken in den Bereichen Automobil, Marine und Verteidigung gesucht. Eine britische Universität sucht technische Industriepartner im Rahmen eines H2020-Antrags, für die Entwicklung von modularen Produktionssystemen für den Industriezweig, die bei Bedarf an den individuellen Anwendungsfall angepasst werden können. Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/ff2375ea-67e1-4cf4-a293-00f861a59a5a Referenznummer: RDUK20181101001
Geschäftliches Gesuch Enterprise Europe Network Rumänien	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Isabell Rohde E-Mail: irohde@tti-md.de	Rumänisches Unternehmen sucht 3D-Druckzubehör im Rahmen einer Vertriebsvereinbarung. Das rumänische Unternehmen sucht internationale Geschäftspartner, die in der Lage sind, die für den 3D-Druck erforderlichen Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe bereitzustellen. Potenzielle Partner sind Distributoren, die sich auf Großhandelslieferungen für die 3D-Druckindustrie spezialisiert haben. Im Rahmen einer Vertriebsvereinbarung wird



		<p>das rumänische Unternehmen regelmäßig Bestellungen aufgeben und dabei die benötigten Liefer-/Rohstoffarten angeben.</p> <p>Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/65a9b954-00af-4cf3-969c-c72113513833</p> <p>Referenznummer: BRRO20180926001</p>
<p>Geschäftliches Gesuch</p> <p>Enterprise Europe Network</p> <p>Polen</p>	<p>Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt</p> <p>Isabell Rohde E-Mail: irohde@tti-md.de</p>	<p>Ein polnischer Hersteller von LED-Beleuchtungssystemen sucht Hersteller von Aluminiumstrahlern bzw. -bauteilen im Rahmen einer Fertigungsvereinbarung.</p> <p>Ein polnisches Kleinunternehmen aus dem Bereich Elektrogeräte ist auf industrielle und externe LED-Lichtlösungen spezialisiert. Das Unternehmen sucht einen Hersteller von Aluminiumbauteilen/ -strahlern für seine Lampen. Gesucht werden Partner für eine langfristige Geschäftsbeziehung auf Grundlage eines Herstellungsvertrages.</p> <p>Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/02b104e6-a9d9-4060-ac3b-bdfcaf9822b7</p> <p>Referenznummer: TRSE20180418001</p>
<p>Forschungsuch- Fast Track to Innovation (FTI)</p> <p>Enterprise Europe Network</p> <p>Belgien</p>	<p>Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt</p> <p>Isabell Rohde E-Mail: irohde@tti-md.de</p>	<p>Erfahrene Hersteller von Gummimischungen für die Einreichung eines FTI-Antrag gesucht.</p> <p>Ein europäischer Verband mit Sitz in Brüssel koordiniert ein Konsortium von Unternehmen, um gemeinsam einen FTI-Antrag einzureichen. Ziel des Projekts ist die Einführung einer kostensparenden und umweltfreundlichen Lösung für die Gummiindustrie, durch Erprobung und Validierung einer neuartigen Technologie, die Gummiabfälle in regenerierten Neugummi umwandeln kann. Darüber</p>



		<p>hinaus ist die Vermarktung des neuen Materials und der Technologie das Ziel. Das Konsortium ist im Rahmen einer Projektpartnerschaft auf der Suche nach einem KMU mit Erfahrung in der Aufbereitung von Gummi.</p> <p>Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/9d9b9380-8f36-4ce1-b268-ff5e948c1b30</p> <p>Referenznummer: RDBE20181030001</p>
<p>Weitere internationale Kooperationsangebote, übersetzt und nach Branchen sortiert, finden Sie auch in unseren monatlich erscheinenden "Eurokontakten" unter: https://een-sachsen-anhalt.de/news-medien/veroeffentlichungen.html</p>		
<p>Die folgenden Partnergesuche erreichten die LV in der KW 44</p>		
<p>Urban Social Farms Northwest Europe Interreg Proposal</p> <p>Greater Manchester, UK</p>	<p>Anyone interested in the project is advised to contact either Dave Catherall or Andy Hunt before the 15 November.</p>	<p>The UrbSFarm project will promote the development of urban social farms to support vulnerable communities, and especially those suffering from mental health issues.</p> <p>Oldham is looking for other municipalities and health organisations who are interested in developing the social farming movement in their territories or who would like to learn from other more experienced partners.</p> <p>The proposal will be submitted to the Northwest Europe Interreg programme on 22 November.</p>
<p>KA101 Erasmus+</p> <p>Canary Islands, Spain</p>	<p>Interested stakeholders should express their interest directly to: DANIEL PUCHE IES EL RINCÓN Website: www.ieselrincon.org Email contact:</p>	<p>The high school teaches compulsory and upper secondary education to students aged between 12 and 18, as well as intermediate and advanced vocational training courses. The teachers are looking forward to going abroad to exchange their experiences and learn from other educational systems around Europe in job</p>



	<p>danielpuche@ieselrincon.org</p> <p>And fill up the following document: https://docs.google.com/forms/d/e/1FAIpQLSdclQjk3Bud33RniaSKlxPOHqv6iKO5RxjOwA-HGG1Lrs7gSA/viewform?usp=sf_link</p>	<p>shadowing mobilities. The main lines of their project are the improvement of the students' learning process motivation and the students' involvement in European initiatives. They are also interested in participating with their students in Etwinning or KA2 projects, as well as they are willing to host staff of their partners in the frame of the Erasmus + Programme .</p>
<p>Das folgende Partnergesuch kommt von der Hochschule Harz</p>		
<p>Asylum, Migration and Integration Fund (AMIF)</p> <p>Priority 1: Local and regional networks for the integration of third-country nationals</p>	<p>Prof. Dr. Birgit Apfelbaum Hochschule Harz FB Verwaltungswissenschaften www.hs-harz.de/bapfelbaum</p> <p>Mail: bapfelbaum@hs-harz.de Tel. + 49 3943 659-435</p> <p>Robin Radom B.A. Mail: rradom@hs-harz.de Tel. + 49 3943 659-449</p>	<p>Die Hochschule Harz ist interessiert an der Mitwirkung in einem Konsortium zur Priorität 1 „Lokale und regionale Netzwerke für die Integration von Drittstaatsangehörigen“ des aktuellen AMIF Call for Proposals. Durch ein laufendes Forschungsprojekt verfügt die Hochschule Harz bereits regional und international über Erfahrungen mit der Zusammenarbeit in heterogenen Integrationsnetzwerken im Bereich der Berufs- und Bildungsorientierung.</p> <p>Für nähere Informationen siehe: https://www.hs-harz.de/forschung/ausgewaehlte-forschungsprojekte/integrif-ii/</p>



Büro intern / Tipp

[Zurück zur Übersicht](#)

Tipp - Berlin 1912-1932“ im Brüsseler Palast der Schönen Künste

Nicht nur in Deutschland weilt mit „**Babylon Berlin**“ der Geist der „Golden Twenties“. Auch in Brüssel widmet sich seit dem 5. Oktober 2018 eine Ausstellung dem Berlin der zwanziger Jahre. Im Palast der Schönen Künste erwecken 200 Gemälde, Skulpturen, Zeichnungen, Fotos, Filme diese faszinierende Epoche wieder zum Leben. Die Ausstellung nimmt Berlin als kulturelle Weltstadt in den zwanziger Jahren unter die Lupe sowie die zahlreichen Verbindungen zwischen der Kunstszene Belgiens und Deutschlands.



Mehr als 50 internationale Museen wie das New Yorker Guggenheim-Museum, The Art Institute of Chicago, Tate Modern und das Centre Pompidou haben für diese Ausstellung prominente Werke aus ihrer Sammlung ausgeliehen.

Aus der Website: <https://www.fine-arts-museum.be/nl/tentoonstellingen/berlin>

Das Berlin der 20er Jahre, eine mythische und kosmopolitische Metropole, erlebte eine bis dahin ungekannte Verwandlung. Die sozialen, politischen und technologischen Veränderungen führten zu einem starken Umbruch in der Gesellschaft und Kunstwelt der Nachkriegszeit.

„Berlin 1912-1932“ stellt diese entscheidende Periode in den Fokus und zeigt eine tägliche Realität, die sich zwischen Krise und Utopie, Verwüstung und Euphorie, Elend und Dekadenz bewegt.

Diese „Golden Twenties“ werden wieder zum Leben erweckt mit Werken von wichtigen Künstlern wie Otto Dix, Raoul Hausmann, Ernst Ludwig Kirchner, Kazimir Malevich, Aleksandr Rodchenko, Max Beckmann, George Grosz, Hannah Höch...

• eaq Quelle: Nachbar Belgien Oktober 2018

GOEUROPE! die Jugendberatungsstelle



GOEUROPE! Europäisches Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt ist die Jugendberatungsstelle für Fragen zu europäischen Mobilitätsprogrammen sowie in der Vermittlung europäischer Themen und

Kompetenzen an junge Menschen in Sachsen-Anhalt.

Gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms „Sachsen-Anhalt Transnational“ hat sich das Europäische Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt zum Ziel gesetzt, die beruflichen Chancen und die Beschäftigungsfähigkeit junger Sachsen-Anhalter durch die Vermittlung europäischer Kompetenzen zu steigern.



In Trägerschaft des DRK Landesverbandes Sachsen-Anhalt e.V. wird GOEUROPE! gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms "Sachsen-Anhalt transnational".



**Deutsches
Rotes
Kreuz**

Landesverband Sachsen-Anhalt e.V.

Viel Spaß beim Lösen der GOEUROPE! Quizfragen dieser Woche:

1. Diese Woche birgt ein Datum auf das eine Reihe von Ereignissen fällt, die für Deutschland als auch auf internationaler Ebene bedeutende Auswirkungen hatten: der 9. November. So jährt sich dieses Jahr der Mauerfall zum 29. Mal an diesem Tag. Aber wie viele Jahre trennte die Berliner Mauer mit der Stadt Berlin auch symbolisch die Konfliktparteien während des Kalten Krieges?
 - a) 44 Jahre
 - b) 36 Jahre
 - c) 28 Jahre



2. Die geplante Reform des europäischen Urheberrechts sorgt derzeit für viel Aufruhr, insbesondere bei Jugendlichen. Vor allem ein Artikel der Urheberrechtsreform sorgt für Ärger und Kampagnen wie „Save the Internet“. Um welchen Artikel handelt es sich hierbei?
 - a) Artikel 1
 - b) Artikel 13
 - c) Artikel 23
3. Diese Woche wurde die humanitäre Unterstützung für den Jemen um weitere 90 Mio. Euro aufgestockt. Wie viele Menschen im Jemen sind derzeit auf humanitäre Hilfe aufgrund des anhaltenden Konflikts und dessen Folgen angewiesen?
 - a) Ca.10 Mio. Menschen
 - b) Ca. 17 Mio. Menschen
 - c) Ca. 22 Mio. Menschen



Antworten:

1. c) Für 28 Jahre trennte die Berliner Mauer nicht nur die Verbindungen im Gebiet Groß-Berlins zwischen dem Ostteil und dem Westteil der Stadt, sondern umschloss alle drei Sektoren des Westteils. Im Zuge der politischen Wende, die auf Druck der DDR Bevölkerung, welche mit zahlreichen, größtenteils friedlich ablaufenden Protesten und Demonstrationen mehr Freiheit forderten, wurde die Berliner Mauer am Abend des 9. November 1989 geöffnet. Seit dem 13. August 1961 war die Berliner Mauer eine hermetische abriegelnde Grenzbefestigung und wurde seit dem 9. November 1989 zum Symbol der friedlichen Kraft der Bevölkerung.

2. b) Vor allem Artikel 13 sorgt derzeit für Ärger. Viele, vor allem junge Menschen fürchten, dass dieser Artikel die Schließung von Videoplattformen wie Youtube nach sich zieht. Dies ist allerdings nicht der Fall. Vielmehr geht es in der Reform des Urheberrechts darum, die Position derjenigen zu stärken, die die Rechte an ihren kreativen Werken haben und darüber mit großen Online-Plattformen verhandeln müssen. Das neue EU-Gesetz soll ihnen so eine bessere Vergütung für die Nutzung ihrer kreativen Inhalte ermöglichen. Derzeit bleibt die Wertschöpfung weitestgehend bei den Plattformen (Quelle: Europäische Kommission). Die Verhandlungen zwischen den europäischen Institutionen sind noch im Gange. Das nächste Treffen der beiden EU-Gesetzgeber Parlament und Rat ist am 26. November. Wer an Medien und Filme machen interessiert ist, kommt im Dezember auch in Sachsen-Anhalt auf seine Kosten. Am 12.12.2018 findet im Händelhaus in Halle die Verleihung des Europa.Medien.Preis Sachsen-Anhalt statt, wozu wir herzlich einladen. Zahlreiche Medienbeiträge wurden eingereicht und werden diese Woche von einer Jury begutachtet. Informieren Sie sich gern unter: www.europamedienpreis.de.

3. c) Etwa 22,2 Millionen Menschen sind derzeit im Jemen auf humanitäre Hilfe angewiesen. Das sind mehr als 75% der Gesamtbevölkerung. Rund 3,5 Mio. Menschen sind vertrieben wurden. Die fortgesetzte Gewalt und die Zerstörung der Basisinfrastrukturen in Verbindung mit dem Zusammenbruch der Wirtschaft und des Finanzsystems schränken den Zugang zu Nahrungsmitteln, Medikamenten und Brennstoff drastisch ein. Auch der Zusammenbruch der öffentlichen Dienste in den von den Huthi kontrollierten Gebieten, die andauernde Militäroffensive in Hodeida und die rasche Abwertung der Landeswährung haben nach wie vor verheerende humanitäre Auswirkungen (Quelle: Europäische Kommission). Neben der verheerenden Hungersnot ist die Bevölkerung auch von einer der schlimmsten Cholera-Epidemien, die je im Land dokumentiert wurde, bedroht. Seit Beginn des Konflikts hat die EU humanitäre Hilfe für Jemen in Höhe von 323,7 Mio. Euro bereitgestellt. Auch zahlreiche Hilfsorganisationen rufen zu Spenden auf.



Ihr Kontakt zu uns

[Zurück zur Übersicht](#)

Unsere Anschrift

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt
bei der Europäischen Union
80, Boulevard Saint Michel
B – 1040 Brüssel
Belgien

E-Mail-Adresse

sekretariat@lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de

Telefon (Sekretariat)

+32 2 741 09 31

Telefon (direkt)

+32 2 741 09 – Durchwahl

Fax

+ 32 2 741 09 39

Ihre Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner

Name	Fachbereiche und Themen		
NN	Leiterin des Büros, Grundsatzangelegenheiten der EU	...30	E-Mail
Carmen Johannsen (CJ)	Stellvertretende Leiterin, Presse u. ÖA, Medien, Haushalt, Veranstaltungen	...33	E-Mail
Dr. Margarete Schwarz (MS)	Landwirtschaft, Umwelt	...12	E-Mail
Martina Lehnart (ML)	Justiz und Innenpolitik	...18	E-Mail
Daniel Wentzlaff (DW)	Digitale Agenda, Energie, KMU, Cluster- und Industriepolitik, Tourismus, Standortmarketing	...19	E-Mail
David Fenner (DF)	Innovation, Forschung, Beihilfen und Vergabe, Regionalpolitik	...10	E-Mail
NN	Ausschuss der Regionen, Demografie, EU-Förderprogramme, Verkehr	...38	E-Mail
Elke Andrea Große (EAG)	Redaktion EU-Wochenspiegel, Veranstaltungen	...32	E-mail
Doris Bergner (DB)	Verwaltung, Veranstaltungen	...36	E-Mail
Beatrice Herrmanns-Wagner (BHW)	Assistenz der Leiterin und Sekretariat, Besucherbetreuung	...31	E-Mail
Laura Schwarz (LS)	Praktikantin	...22	E-Mail
Robin Svoboda (RS)	Praktikant	...22	E-Mail

[Zurück zur Übersicht](#)



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

Impressum

Herausgeber

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der
Europäischen Union
Boulevard Saint Michel 80, 1040 Brüssel

Verantwortliche Redakteurin

Elke Andrea Große

Fotos

Elke Andrea Große, sofern nicht anders angegeben
oder Quelle: Internet

Layout

Patrick Karwath

Die Artikel sind mit Namenskürzeln versehen.

Dieser Newsletter wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Sachsen-Anhalt herausgegeben. Er darf weder von Parteien noch von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf dieser Newsletter nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte.

